StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Eggerichs, Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, teilt mit, dass die Unterdeckung des Ergebnishaushaltes bei knapp 1 Mio. Euro liegt und damit wesentlich geringer ist als vor einem Jahr. Damit habe man die erste Vorgabe des Landkreises, die Unterdeckung jährlich zu reduzieren, erfüllt. Wenn man von diesem Betrag die für das Aqua-Toll eingeplante Investitionssumme subtrahieren würde, erhalte man einen Betrag von ungefähr 800.000 Euro und die Unterdeckung würde unter 1 Mio. Euro liegen, womit die zweite Vorgabe des Landkreises erfüllt wäre.

Nicht erfüllt werde hingegen die dritte Forderung des Landkreises, nämlich die Reduzierung der Ausgaben für freiwillige Leistungen und der damit verbundenen Personalkosten. Dies werde der Landkreis sicherlich missbilligen. Dennoch sei seitens des Rates und der Verwaltung eine möglichst zeitnahe Genehmigung des Haushaltes erwünscht.

Zum Schuldenstand führt er aus, dass dieser am 31.12.2014 bei ca. 15 Mio. Euro liegen wird. Die Tilgung dürfe dabei nicht unberücksichtigt bleiben. Derzeit sei davon auszugehen, dass es ab 2015 eine Wende im Ergebnishaushalt geben wird und Überschüsse erzeugt werden. Er gibt zu bedenken, dass es sich hierbei jedoch um eine Momentaufnahme handelt. In der Beratung zum 2. Nachtragshaushalt im Oktober dieses Jahres habe er bereits geäußert, dass sich die Stadt Schortens haushaltsmäßig auf einem guten Weg befindet. Die wichtigste Summe im 2. Nachtrag sei die Unterdeckung gewesen, die sich um mehr als 1 Mio. Euro verringert hat und es sei davon auszugehen, dass diese Summe auch am 31.12.2013 noch Gültigkeit haben wird.

Im Oktober sei jedoch nicht über Investitionsprogramme, Finanzplanung etc. gesprochen worden, sondern hauptsächlich über Korrekturen in einzelnen Teilhaushalten.

Er betont, dass der Haushalt 2014 in die richtige Richtung geht, es auf diesem Weg aber noch einige Unwegbarkeiten und Unsicherheiten gibt. Hierzu geht er näher auf das Freizeitbad „Aqua-Toll“ ein, für das noch kein endgültiger Beschluss vorliegt.

Beim Gebäudemanagement bestehe die Möglichkeit, einzelne Maßnahmen in das nächste oder übernächste Jahr zu verschieben. Eine vollständige Sanierung des Freizeitbades „Aqua-Toll“ könne man jedoch nicht stoppen, wenn es zu Kostenerhöhungen kommt. Die endgültigen Auswirkungen seien erst nach Fertigstellung zu erkennen, wenn alle Kosten bekannt sind.

Eine weitere Unsicherheit bestehe bei den erforderlichen Kosten für Gebäudesanierungen und Straßenunterhaltung. Es sei noch nicht bekannt, ob diese Maßnahmen dem Ergebnishaushalt zuzuordnen sein werden oder hierfür Investition getätigt werden müssen.

Er gibt zu bedenken, dass die derzeitige Niedrigzinsphase von begrenzter Dauer sein wird und eine Zinsanhebung negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Steuereinnahmen haben könnte. Daher könne man zum heutigen Zeitpunkt nicht verbindlich davon ausgehen, dass zukünftig tatsächlich Überschüsse im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden können.

Er unterstreicht, dass die derzeitige finanzielle Situation eigentlich zur Tilgung von Schulden genutzt werden sollte. Ziel sollte es sein, spätestens nach Fertigstellung der Maßnahme Aqua-Toll keine neuen Schulden aufzunehmen.

RM Freygang erklärt, dass die CDU dem Haushalt zustimmen wird, jedoch mit einigen Bedenken. Ergänzend führt er aus, dass die Steuereinnahmen seit einiger Zeit sprudeln, was insbesondere auf die Gewerbesteuererinnahmen zurückzuführen sei, die von 2,1 Mio. Euro auf etwas über 3,3 Mio. Euro angestiegen sind. Dennoch bestehe im Haushalt ein Fehlbedarf von 967.000 Euro. Dieser Betrag sei aus Sicht der CDU-Fraktion zu hoch, auch wenn sich dieser Betrag vermutlich noch durch höhere Gewerbeeinnahmen verringern wird.

Es sei erforderlich, den Schuldenstand zu betrachten, der am Jahresende bei 12 Mio. Euro und in wenigen Jahren schon bei etwas über 16 Mio. Euro liegen wird. Das sei eigentlich ein düsteres Bild. Nach Einschätzung seiner Fraktion bestehe zudem erheblicher Sanierungsbedarf, vielleicht Sanierungsstau. Angesiedelt möglicherweise beim Bürgerhaus, bei den Straßen, Schulen und Sportstätten. Dort sei einiges zu tun, was in der mittelfristigen Finanzplanung bisher nicht berücksichtigt werden konnte. Daher könne man die Frage in den Raum stellen, ob die Stadt Schortens nicht über ihre Verhältnisse lebt. Daher müsste man in den nächsten Jahren sicherlich viel tun und auch im Bereich der freiwilligen Leistungen etwas eindämmen. Insgesamt bleibe zu hoffen, dass die Kommunalaufsicht beim Landkreis Friesland diesen Haushalt möglichst zügig genehmigt, damit die Stadt Schortens handlungsfähig bleibt.

RM Just teilt mit, dass die BfB/UWG-Gruppe dem Haushalt nicht zustimmen wird, und zwar hauptsächlich weil keine Sparanstrengungen vorgenommen wurden. Bezug nehmend auf die Ausführungen seiner Vorredner bestätigt er, dass Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen erzielt wurden, derzeit ein sehr gute Konjunkturlage besteht und die Zinsen niedrig sind. Dennoch habe die Stadt ein Defizit von fast 1 Mio. Euro für das kommende Haushaltsjahr eingeplant, obwohl sie in solch einer Situation ein Plus von 1 Mio. Euro einplanen müsste. Dies könne die Stadt Schortens aber nicht, weil sie selbst nicht dazu beiträgt, die viel zu hohen Ausgaben zu reduzieren.

Es sei schlimm, dass die Mehrheit damit offenbar zufrieden ist. Vor einem Jahr sei eine Senkung der viel zu hohen Personalkostenquote von inzwischen 33 % auf 25 % vereinbart worden. Diese Aufgabe sei jedoch nicht umgesetzt worden. Vielmehr seien unnötige Neueinstellungen vorgenommen worden und die Quote entweder verharret oder noch geringfügig gestiegen. Mit dieser Quote von 33 % statt 25 % lebe die Stadt mit Personalkosten in Höhe von 2 Mio. Euro über ihre Verhältnisse. Das seien die 2 Mio. Euro, die das Plus von 1 Mio. Euro, welches die Stadt bei dieser hervorragenden Steuer- und Konjunkturlage eigentlich haben müsste, in ein Minus verwandeln. Es sei kein Schritt getan worden, dieses fast einstimmig vom Rat beschlossene Haushaltsziel umzusetzen.

Er gibt zu bedenken, dass dieses Verhalten die Stadt aufgrund der zu erwartenden Zins- und Konjunkturumkehr und des Sanierungsstaus irgendwann einholen wird. Die Stadt müsse in diesen guten Zeiten Reserven aufbauen bzw. Schulden und Defizite abbauen.

RM Ottens erklärt, dass er dem Haushalt ebenfalls nicht zustimmen wird. In 2014 werde das Defizit niedriger sein als 2013. Jedoch müsse auch erwähnt werden, dass die alte Mehrheitsgruppe die Steuern erhöht hat und im Jahr 2013 die Kindertagesstättengebühren teilweise deutlich angehoben wurden. Auch seien im letzten Jahr keine größeren Personaleinsparungen erfolgt. Alles das führe lediglich zu einer geringfügigen Verbesserung des geplanten Defizits im Vergleich zum Jahr 2013. Das ist ihm zu wenig. Mit ein wenig mehr Sparwillen hätte seines Erachtens deutlich mehr erreicht werden können.

RM von Heynitz teilt mit, dass die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen - Anne Krüger – Anja Kindo“ dem Haushalt nicht zustimmen wird. Weiter führt er aus, dass die Stadt mit der langsamen Verringerung des Defizits im Prinzip in die richtige Richtung geht und die Gruppe dem Haushaltssicherungskonzept als Einzelpunkt wahrscheinlich sogar zustimmen könnte. Die Gruppe sieht das ganz große Problem in der Summe von 6 Mio. Euro in den Jahren 2014 und 2015 für das Aqua-Toll. Sie werde in diesem Punkt konsequent bleiben, da diese Summe die Stadt in den Folgejahren einholen wird. Im Grunde genommen stimme seine Gruppe dem Ansatz für das Aqua-Toll nicht zu, obwohl sie selbst einen Vorschlag mit einem Kostenrahmen von 4 Mio. Euro unterbreitet hat.

RM Prof. Dr. Appel gibt zu bedenken, dass in der Zukunft erheblicher Nachholbedarf für Bauten- und Straßenrenovierungen bestehen wird. Er weist zudem darauf hin, dass die Einwohnerinnen und Einwohner immer älter werden und zukünftig mehr Rentner in der Stadt

leben werden. Damit werde das Aufkommen geschmälert. Man könne nicht weiterhin die Grundsteuern erhöhen, da die Rentner dann nicht mehr über Mittel zum Bedienen der Geschäfte verfügen würden, was wiederum eine Verringerung der Gewerbesteuererinnahmen zur Folge hätte. Aufgrund der prognostizierten Zahlen müsse sich die Stadt auf geringere Einnahmen einstellen und auch darauf, dass man sich in Zukunft nicht mehr alle drei großen freiwilligen Brocken wie das Jugendzentrum, das Schwimmbad und das Bürgerhaus mehr leisten kann. Mittelfristig müsse eine dieser Einrichtungen aufgegeben werden.

RM Homfeldt hebt hervor, dass jedes Ratsmitglied die gleiche Verantwortung für die Zukunft der Stadt trägt und bittet die Ratsmitglieder Ottens, Just und Dr. Appel, Einsparungsvorschläge zu unterbreiten, um darüber politisch diskutieren zu können. Es sei unstrittig, dass Schortens mit einer Struktur lebt, die in Zeiten entstanden ist, als es der Stadt finanziell sehr gut ging. Alle Ratsmehrheiten hätten seit Ende der Olympia-Werke versucht, diese Struktur am Leben zu erhalten. Er teilt die Einschätzung seiner Vorredner, dass die Stadt an einem Punkt der Geschichte angelangt ist, an dem sich die Frage stellt, ob man sich diese Struktur in der Form und in der Fülle weiterhin leisten kann. Jedoch reiche es nicht aus, nur darauf hinzuweisen. Vielmehr müssten konkrete Vorschläge für eine politische Diskussion unterbreitet werden. Das kommende Jahr sollte der Rat dazu nutzen, in einen durchaus kritischen Dialog einzutreten, wie die Stadt in fünf, sechs, sieben Jahren aussehen soll und wie sie mit einer höheren Zinsbelastung und geringeren Steuereinnahmen klarkommen wird.

Man dürfe nicht vergessen, dass es nicht nur das Aqua-Toll und Sporthallen gibt, sondern auch Gehwege, Schulen und weitere Einrichtungen, die in den nächsten Jahren einen sehr großen Investitionsbedarf haben.

Zu den Personalkosten führt **RM Freygang** aus, dass u. a. die Schulsozialarbeit und die Kinderbetreuung von der breiten Mehrheit politisch unterstützt werden. Er unterstreicht, dass diese Angebote die Stadt lebens- und lebenswert machen. Bezug nehmend auf die Personalkosten in der Kernverwaltung gibt er zu bedenken, dass von der Verwaltung ein dezidiertes Personalkostenkonzept vorgelegt wurde. Jedoch müsse man neben den freiwilligen Leistungen auch die Tarifierhöhungen der vergangenen Jahre berücksichtigen, die nicht unerheblich waren. Es lohne sich nicht, immer auf den Personalkosten herumzuhacken. Die Verwaltung könne nur leistungsfähig sein, wenn das Personal so vorgehalten wird, wie es in dem Konzept vorgesehen ist.

RM Just erklärt, dass es nicht in erster Linie Aufgabe der Ratsmitglieder ist, Sparvorschläge zu machen, vielmehr sei dies Aufgabe der Verwaltung, die einen Auftrag erhalten muss. Vor einem Jahr habe die Verwaltung den Auftrag erhalten, die Personalkosten auf 25 % zu senken und diesen habe sie nicht erfüllt. Die Ratsmitglieder seien nicht im Detail gefordert, seine Gruppe trage jedoch gern Sparvorschläge bei. Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Prof. Dr. Appel zu den freiwilligen Leistungen teilt er mit, dass er das Jugend- und Familienzentrum in der jetzigen Form mit einem jährlichen Zuschussbedarf von 550.000 Euro für nicht notwendig hält. Hierzu geht er näher auf die Ausnutzung ein. Er spricht sich nicht für eine Schließung der Einrichtung aus, jedoch könne diese seines Erachtens überwiegend ehrenamtlich mit hauptamtlicher Unterstützung betrieben werden. Er nennt weitere Sparvorschläge, auf die seine Gruppe in der Vergangenheit hingewiesen hat, u. a. Verzicht auf die hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte, Verzicht auf die geplante Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten sowie Verzicht auf Sozialpädagogen an Grundschulen und auf Drittkräfte an Krippen, deren Kosten vom Land zu tragen wären.

Die BfB/UWG-Gruppe spricht sich gegen eine Schließung des Freizeitbades Aqua-Toll aus.

Es folgen Redebeiträge der Ratsmitglieder **Eggerichs, Just, Ottens, Borkenstein, Kindo, Labeschautzki, Ostendorf und Homfeldt.**

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen: